

MEINUNG



Kein bisschen Frieden

Nils Rüdell
zur Präsidentschaftswahl in den USA

Einen Vorgeschmack auf das, was Amerika in dieser Wahl-nacht und danach bevor-steht, gab es am Wochenende auf einem Highway in Texas zu sehen. Anhänger des US-Präsidenten um-ringten mit ihren Pick-ups einen Kampagnenbus von Herausforde-rer Joe Biden und versuchten, ihn von der Straße zu drängen. Bidens Team brach den geplanten Auf-tritt ab, das FBI ermittelt. Und Do-nald Trump? Er war begeistert und forderte die Bundespolizei auf, die „Patrioten“ in Ruhe lassen.

Es ist wie in einer Dystopie. Während Ladenbesitzer aus Angst vor Unruhen ihre Schaufenster vernageln, während Waffenläden sich vor Kunden kaum retten kön-nen, wählen die USA an diesem Dienstag ihren Präsidenten. Vie-le hoffen, ein Biden-Sieg könne den Spuk einfach beenden. So ein-fach ist es aber nicht. Selbst wenn Trump verlieren sollte, was noch lange nicht klar ist, wird das Land nicht zur Ruhe kommen. Die ge-sellschaftlichen Konflikte sind in-zwischen so eskaliert und so groß, sie sind größer als Trump selbst. Alle Szenarien deuten darauf hin, dass die Lage weiter eskaliert.

E-s beginnt ja schon mit der Frage, was „verlieren“ – ein normaler Vorgang in gesun-den Demokratien – überhaupt noch bedeutet. Trump hat ange-kündigt, eine Niederlage nicht an-zuerkennen. Er hat die Briefwahl, die Millionen Amerikaner wegen der Pandemie nutzen, vorab dele-gitimiert. Er will sich in der Wahl-nacht zum Sieger ausrufen, selbst wenn noch nicht alle Stimmen ausgezählt sind. Für seine Un-terstützer ist klar: Verliert Trump, dann nur, weil die Demokraten und die Eliten in Washington ihm den Sieg gestohlen haben. Im Wei-ßen Haus stehen die Anwälte be-reit, auf den Straßen die Demons-tranten und bewaffneten Milizen.

Die Legende von der gestohle-nen Wahl würde vielen Republika-nern, Trump-Fans und auch dem abgewählten Präsidenten selbst auf Jahre Energie geben, auch bei einem klaren Sieg Bidens. Gewinnt der Demokrat, aber verteidigen die Republikaner ihre Mehrheit im Se-nat, droht in der Politik zudem ein Stellungskrieg bis hin zur Verfas-sungskrise. Biden hat weder das Format noch genügend Unterstüt-zung, um Brücken zu bauen. Und auch aus den eigenen Reihen wür-de ihm Ungemacht drohen: Der mächtige linke Flügel der Demo-kraten, der noch stillhält, wird har-te Forderungen stellen.

Auch wenn Trump das Weiße Haus verlassen muss – die Trum-

pisten werden bleiben. Trump war ja kein Unfall der Geschichte, er brach nicht plötzlich über Ame-rika herein. Es war umgekehrt: Mit ihm fand eine gesellschaftli-che Dynamik, die in den vergan-gen 30 Jahren stetig gewachsen war, im Jahr 2016 erst ihre Füh-rungsfigur. Die Bewegung reicht von Industriearbeitern über Evan-gelikale und weißen Nationalisten bis zu allgemein Verunsicher-ten und Enttäuschten des Systems und vorangegangener Regierun-gen. Von Armen über bürgerli-che Vorstädter bis hin zu Superrei-chen. Eine Bewegung von unten, bedient und befeuert von Strate-gen in Politik und rechten Medien. Die Instrumente: Fake News und Freund-Feind-Denken. Mecha-nismen, die übrigens auch auf der anderen Seite des Spektrums ver-fangen. Die Folge sind tiefe gesell-schaftliche Gräben.

V-on Deutschland aus bli-cken viele verwundert in die USA: Wie kann man so einen nur wählen? Nun, Trump hat viele Versprechen gehalten. Bis zur Corona-Krise boomte die Wirtschaft, viele neue Jobs ent-standen – freilich auf Kosten von Klima, Staatsfinanzen und inter-nationaler Partner –, es gab keine neuen Kriege. Dann kam zwar die Pandemie, aber für das Desaster kann Trump in den Augen seiner Anhänger nichts. Und über cha-rakterliche Abgründe blickte man hinweg – oder feierte Trump gera-de deshalb, weil er so anders ist.

Diese Weltsicht, die sich in einer Stimme für Trump manifestiert, wird nicht verschwinden, wenn Trump einmal abtritt. Es kann so-gar noch gefährlicher werden. Es könnte ein neuer Trump die Büh-ne betreten. Ein wirklicher Demo-kratieverächter, intelligent und mit klarer Agenda. Trump hat zwar ständig demokratische Prozes-se und Institutionen verächtlich gemacht, wenn sie ihm in seiner Launenhaftigkeit und Hybris im Weg standen. Beseitigt hat er sie jedoch nicht. Er hat den Boden für Schlimmeres bereitet.

Es gibt also wenig Anlass zur Hoffnung auf gesellschaftlichen Frieden in Amerika nach die-ser Wahl. Gegensteuern kann ei-gentlich nur die Demografie, die ein diverseres Amerika verheißt. Und ein Präsident oder eine Prä-sidentin, die gute Politik für alle Amerikaner macht. Jemand, der über alle Lager hinweg integrie-ren kann. So eine Persönlichkeit ist nur aktuell leider nirgends zu se-hen. Der letzte US-Präsident, der mit diesem Ziel angetreten war, war Barack Obama. Er scheiterte.



Merkels Dilemma

Kerstin Münstermann, Berlin,
zum Corona-Auftritt der Kanzlerin

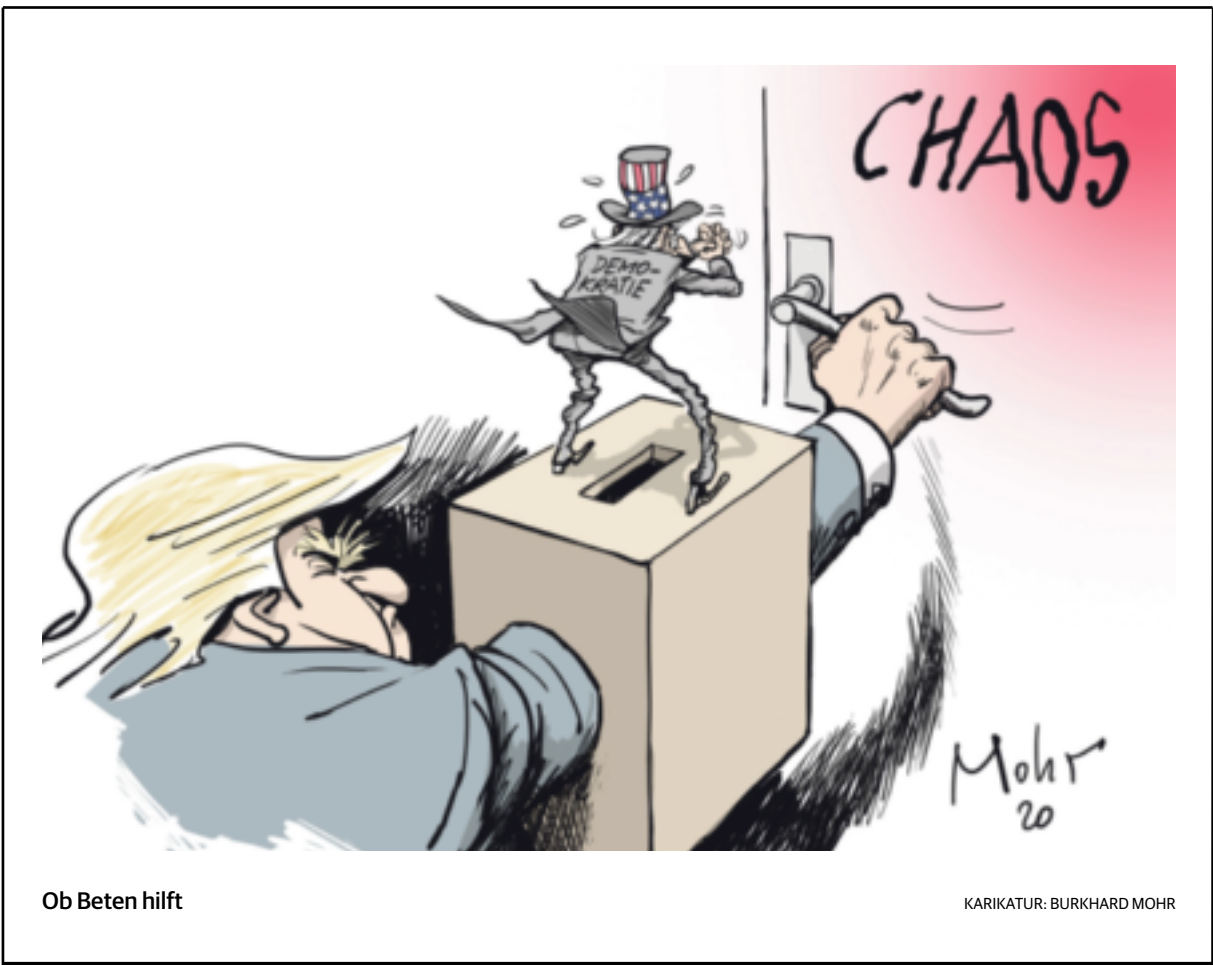
Kommunikation in der Kri-se ist immer eine Gratwan-derung. Kanzlerin Ange-la Merkel entschied sich zu Beginn der Pandemie dafür, sich mit ei-nem dramatischen Appell in einer TV-Ansprache an die Bevölkerung zu wenden. In der Folge wählte sie vor allem Pressekonferenzen, Re-gierungserklärungen sowie ihren Videopodcast für ihre Aufrufe an die Bürger, in der Pandemie Maß und Mitte zu halten.

Im Frühjahr, während des ersten Lockdowns, folgten ihr die Bürger. Nun ist Corona im Herbst mit vol-ler Wucht zurückgekehrt. Merkel hatte die kritische Marke von fast 20 000 Neuinfektionen pro Tag, die das Gesundheitswesen überlasten könnte, vor Wochen vorhergesagt. Sie wurde auch aus den eigenen Reihen als Cassandra, als Panik-macherin, kritisiert. Inzwischen ist der Wert erreicht. Viel früher als befürchtet.

Nun aber stöhnt die Bevölke-rung auf. Das Missfallen über er-

neute Einschränkungen ist groß und kommt auch aus der Mit-te der Gesellschaft. Und so warf Merkel am Montag mit einem sel-tenen Solo-Auftritt noch einmal alles in die Waagschale. „Ich glau-be in der Demokratie an die Kraft der Vernunft und der Verantwor-tung“, sagte sie. Merkels Dilem-ma: Die studierte Physikerin setzte ihre persönliche Demarkations-linie. Die Zahl von 50 Infizierten auf 100 000 Einwohner in sieben Tagen: An dieser Marke scheidet sich für die Kanzlerin die Frage, ob man Kontakte von Infizierten noch nachverfolgen kann, oder nicht.

Ist dieses Ziel erreichbar? Äu-ßerst unklar, das weiß gerade auch die Naturwissenschaftlerin Mer-ke. Daraus folgt: Sollte diese Mar-ke in Deutschland nicht erreicht werden, erscheinen Lockerungen im Dezember unwahrscheinlich. Dann wird die Kanzlerin erneut werben und überzeugen müssen – denn dann steht Weihnachten auf dem Spiel.



KIRCHE Der Kölner Kardinal Woelki hat ein Missbrauchsgutachten in Auftrag gegeben, das er nun aber für schlecht hält. Ist es wirklich mangelhaft oder soll etwas vertuscht werden?

312 Verdachtsfälle

VON CHRISTOPH DRIESSEN
UND ANDREAS OTTO

KÖLN. Strafrechtsexperten haben ihre Kritik an der von der Münchner Kanzlei Westphal Spilker Wastl erar-beiteten Missbrauchsstudie für das Erzbistum Köln untermauert. Die-se untersucht mögliches Fehlverhal-ten von Verantwortungsträgern des Erzbistums bei Fällen sexualisierter Gewalt. „Das Gutachten ist nicht gerichtsfest“, sagte der Frankfurter Strafrechtler Matthias Jahn am Mon-tag vor Journalisten in Köln. Nach Worten des Kölner Strafrechtsex-perten Björn Gercke finden sich in der Untersuchung „vermeintliche Schuldzuweisungen mit starken Worten, ohne Belege zu bringen“. Gercke soll für das Erzbistum bis zum 18. März 2021 ein neues Gut-achten verfassen.

Die Kanzlei Westphal Spilker Wastl wies die Vorwürfe zurück. Die vom Erzbistum Köln beauftragte Stel-lungnahme Jahns und des Erlanger Kriminologen Franz Streng zu ihrer Untersuchung leide selbst unter ei-nem grundlegenden methodischen Fehler: „Der uns im Dezember 2018 erteilte Auftrag bestand in einer um-fassenden Bewertung des Handelns der Bistumsverantwortlichen.“ Eine Beschränkung auf die bloße Rech-tmäßigkeitskontrolle sei gerade nicht vorgesehen gewesen: „Einen derar-tig beschränkten Gutachterauftrag hätte die Sozietät auch abgelehnt.“

Jahn warf der Kanzlei vor, aus den 189 ausgewerteten Personalakten 15 angeblich gravierende Fälle heraus-gegriffen zu haben, ohne dies näher

zu begründen. Dies werde vielen Opfern nicht gerecht, die in der Un-tersuchung keine Berücksichtigung gefunden hätten. Laut Jahn könnten bei der Auswahl sachfremde Motive wie die Prominenz der Verantwor-tungsträger eine Rolle gespielt ha-ben. Die namentliche Erwähnung von Verantwortungsträgern könne zudem bei Mängeln zivilrechtliche Klagen nach sich ziehen.

Auch Gercke sprach von einer willkürlichen Auswahl von Bei-spielen. So finde sich der Fall eines jüngst von der Staatsanwaltschaft Köln erneut angeklagten Geistlichen gar nicht darunter. Laut dem Straf-

rechtler umfasst der an ihn ergan-gene Auftrag, Rechtsverstöße von Bistumsverantwortlichen zu iden-tifizieren – auf Basis eines juristi-schen Gutachtens und nicht nach moralisch-ethischen Maßstäben.

„Das Gutachten wird für das Erz-bistum ungemütlich werden“, sag-te Gercke zu Einwänden, der Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki wol-le Erkenntnisse zurückhalten. Sein Team aus fünf Anwälten und wis-senschaftlichen Mitarbeitern wer-de jeden einzelnen der insgesamt 312 Verdachtsfälle würdigen. Seine Kanzlei sei im Oktober vom Erzbi-stum beauftragt worden und ihr sei-

en dazu die 189 auszuwertenden Personalakten und 236 Interventi-onsakten zugestellt worden. Es gebe 243 Beschuldigte und 386 von sexu-eller Gewalt Betroffene.

Laut Gercke gibt es ein großes Problem mit „defizitären Akten“. Er warf Westphal Spilker Wastl unter anderem vor, sich nicht darum be-müht zu haben, die Urheberschaft unleserlicher Signaturen auf Ver-merken etwa mit Hilfe des Kölner Diözesanarchivs aufzuklären. Auf einer solchen Notiz beruhen zum Beispiel Vertuschungsvorwürfe, die sich laut Medien gegen den früheren Personalchef und späteren General-vikar der Erzdiözese, Stefan Heße, in der unveröffentlichten Studie rich-ten. Der heutige Hamburger Erzbischof weist diese Anschuldigungen zurück.

Der Kirchenrechtler Thomas Schüller warf Woelki unterdessen vor, sich hinter Anwälten zu ver-stecken. Die Videokonferenz vom Montag habe gezeigt, dass hier kon-kurrierende Anwaltskanzleien alte Rechnungen beglichen, um sich lukrative Pfründe bei kirchlichen Großaufträgen zu sichern. „Dieses infame Trauerspiel, was das Erzbi-stum Köln abliefern, dient der Desin-formation der Öffentlichkeit“, sagte Schüller der dpa (siehe auch GA-Interview auf dieser Seite).

Die Opfer sexueller Gewalt wür-den dadurch instrumentalisiert und erneut traumatisiert, die Verant-wortlichen für die Vertuschung des Missbrauchs sollten – auch wenn sie zum Teil schon gestorben seien – ge-deckt werden.



Seit sechs Jahren Erzbischof in Köln: Rainer Maria Kardinal Woelki.

FOTO: DPA

INTERVIEW THOMAS SCHÜLLER

„Münchner Gutachten veröffentlichen“

Der Münsteraner Kirchenrechtler über die alte und die neue Missbrauchsstudie des Kölner Erzbistums

Mit dem Münsteraner Kir-chenrechtler Thomas Schüller sprach Raimund Neuß.

Die Professoren Jahn und Streng heben unter anderem hervor, die katholische Kirche dürfe Beweismittel, insbesondere Angaben aus Vernehmungen, aus ihren eigenen Strafverfahren nicht an staatliche Behörden weitergeben. Ist das wirklich ausnahmslos so?

Thomas Schüller: Leider ist es nach deutschem Recht so, dass die Kir-chen, die durch interne Untersu-chungen von auch nach staatlichem Strafrecht möglicherweise sexuellen Straftaten erfahren, rechtlich nicht verpflichtet sind, diese an die staatlichen Strafverfolgungsbehör-den zu melden. Die Sachlage verän-dert sich allerdings dann, wenn man

von möglichen neuen sexuell moti-vierten Straftaten eines Klerikers er-fährt, der bereits wegen vergleich-barer Delikte durch ein staatliches Gericht verurteilt wurde. Hier gehen immer mehr Staatsanwaltschaften dazu über, auch bei den Bischöfen Nachforschungen anzustellen und sie gegebenenfalls anzuklagen.

Kann, muss der Staat sich das bieten lassen? Ist das so eine Art Beichtgeheimnis?

Schüller: Die Politik sollte wie in vie-len anderen Staaten der Welt durch Änderung der Gesetze die Kirchen verpflichten, dieses interne Wis-sen auch an die Strafverfolgungs-behörden weitergeben zu müssen und nicht nur in einer Art Selbst-verpflichtung, wie sie jetztz in den aktuellen Leitlinien der DBK zu fin-den ist.

Andererseits gibt die Kirche ja Un-terlagen an Staatsanwälte weiter – wieso darf sie das dann doch?

Schüller: Inzwischen haben sich die deutschen Bischöfe wie eben ange-führt darauf verständigt, jeden Ver-dachtsfall unverzüglich an die Straf-verfolgungsbehörden in einer Art freiwilliger Selbstverpflichtung zu melden. Eine sehr späte Einsicht.

Wir haben ein Gutachten über ein anderes, das selbst unter Verschluss bleibt, obwohl Fragmente im Um-lauf sind, in denen Personen scharf angegriffen werden. Wäre es nicht um des guten Rufs dieser Personen willen nötig, das Originalgutach-ten mitsamt der Gegendarstellung der Genannten zu veröffentlichen?

Schüller: Angesichts der polemi-schen Schärfe bei der Vorstellung des Gegengutachtens am Montag

und dem darin zum Ausdruck kom-menden Vernichtungswillen gegen-über der Münchener Kanzlei, ist es dringend geboten, dass das Erzbi-stum Köln das Münchener Gutach-ten zeitnah veröffentlicht. Nur so kann man sich ein eigenes Urteil bilden, was an den massiven Vor-würfen wirklich dran ist.

ZUR PERSON



Thomas Schüller (59) ist Professor für Kirchen-recht an der Uni Münster. Der Kölner hat in Bonn promoviert. ye/Foto: dpa